

Fehlstart für die Zivi-Nachfolger

VON ACHIM EIDENBERG

Bremen. Das neue Angebot soll den „schmerzhaften Wegfall des Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren“. Das sagte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, als sie im Mai die Kampagne für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) vorstellte. Heute können die ersten BFDler ihre Arbeit aufnehmen – theoretisch zumindest. Denn das Interesse an dem Dienst ist äußerst gering. Mangelhafte Informationspolitik und die unklare rechtliche Lage verunsichern Träger und Interessenten. Das ambitionierte Projekt droht zu scheitern.

„Es ist für alle Beteiligten eine ziemliche Katastrophe“, sagt Klaus Germann. Er ist der Bremer Regionalbetreuer des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, dem Nachfolger des Bundesamtes für den Zivildienst. „Was wir da von der Politik in den letzten Wochen vorgesetzt bekommen haben ist atemberaubend.“ Mit der Aussetzung der Wehrpflicht geht nach über 50 Jahren auch die Ära des Zivildienstes in Deutschland zu Ende. Auf Antrag werden zum 30. Juni alle Zivis aus dem Dienst entlassen. Wer freiwillig länger bleibt, hat spätestens im Dezember 2011 seinen letzten Arbeitstag.

Zum 1. Juli startet der BFD und soll die entstehenden Lücken füllen. Aber: „Wie viele dann kommen können wir noch nicht genau sagen“, räumt Germann ein. „Es gibt noch nicht einmal die endgültigen Verträge für den Dienst.“ Denn die Konzeption des neuen Dienstes sei „übers Knie gebrochen worden, das hätte man alles viel besser machen können“, so Germann. „In den letzten Wochen gab es dazu immer wieder neue Richtlinien und Vorgaben.“

Fest steht bis jetzt: Der BFD kann zwischen sechs und 24 Monate dauern, die übliche Dienstzeit soll bei zwölf Monaten liegen. Im Gegensatz zu anderen Freiwilligendiensten gibt es keine Altersbeschränkung. Nur die allgemeine Schulpflicht muss erfüllt sein, während beispielsweise Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) zu Beginn ihres Engagements höchstens 26 Jahre alt sein dürfen.

Neu ist auch die Möglichkeit für ältere Freiwillige, nur 20 Stunden in der Woche zu arbeiten. BFDler bekommen maximal 330 Euro im Monat als sogenanntes Taschengeld, außerdem werden Renten- und Sozialversicherungsbeiträge übernommen. Wie die Teilnehmer an den anderen Freiwilligendiensten haben sie Anspruch auf Urlaub und Seminare. In Details herrscht jedoch selbst wenige Tage vor dem Start des BFD noch Unsicherheit. Dies betrifft vor allem die weitreichende Frage, ob während des Dienstes ein Anspruch auf Kindergeld besteht. Hierzu hatte es in den letzten Wochen widersprüchliche Aussagen gegeben. Dies dürfte viele Interessenten abgeschreckt haben.

Viele offene Fragen

Nach dem letzten Stand der Verhandlungen zwischen Finanz- und Familienministerium soll der Kindergeldanspruch jedoch bestehen bleiben. „Es gibt allerdings noch keine entsprechenden Gesetze, und die Frage ist, wie mit den jetzt schon abgeschlossenen Verträgen umgegangen wird“, erklärt Germann. Unklar sei auch weiterhin, wie die Regeln für Taschengeld und Versicherungen für Freiwillige umgesetzt werden, die Hartz IV beziehen. Auch die Frage, inwiefern der abgeleistete Dienst und die verpflichtenden Seminare als Praktikumszeit für bestimmte Berufe oder Studiengänge angerechnet werden könnte, kann niemand beantworten. Sicher ist, dass die Zeit im BFD als Wartesemester für Studienplatzbewerber zählt.

„Die Bürokratie hat das nicht hinbekommen“, urteilt auch Andreas Rheinländer vom Sozialen Friedensdienst Bremen (SfD), einem Träger, der den BFD ebenfalls anbieten will. Der Umbau der Bundesbehörde für den Zivildienst ist offenbar komplex. Auf der Website des neuen Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben wurde zwar das Logo ausgetauscht, interessierte Nutzer finden jedoch immer noch Hinweise zur Verweigerung des Kriegsdienstes – obwohl seit März niemand mehr eingezogen wird. Die bundesweite Internetbörse für BFD-Plätze weist für Bremen aktuell rund 50 Stellen aus. Im Vergleich dazu gibt es laut Rheinländer Hunderte von Plätzen für das Freiwillige Soziale oder das Ökologische Jahr (FSJ und FÖJ). Allerdings sind nach der Aussage von Klaus Germann alle bisherigen Zivildienststellen ebenfalls automatisch für den BFD zugelassen.

Viele der privaten Träger sehen den neuen Dienst ohnehin kritisch. „Wir haben mit dem FSJ und anderen Freiwilligendiensten ein seit Jahren etabliertes und erprobtes Modell. Wir haben selbständig eine Struktur für über 40 000 Freiwillige aufgebaut“, bilanziert Rheinländer vom SfD. Er hat Zweifel an der Attraktivität eines neuen Freiwilligendienstes: „Wir haben einen zivilgesellschaftlichen Dienst, der freiwilliges Engagement fördern und sich an den Interessen der Freiwilligen orientieren soll. Und im Bundesamt herrschen Strukturen, die auf einen Zwangsdienst ausgerichtet waren. Wir haben ein wenig die Sorge, dass die uns das kaputtmachen.“